

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. und 53. Ratssitzung vom 19. Juni 2019

1394. 2019/79

Weisung vom 06.03.2019:

Finanzverwaltung, Rechnung 2018, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2018 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2018 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisenden Jahresverlust von Fr. 1 764 292.– wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2018 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2018 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2018 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2018 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2018 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 27. Mai 2019

Eintretensdebatte:

Raphaël Tschanz (FDP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2018 vor: Die Laufende Rechnung schliesst bei einem Aufwand von 8856 Millionen Franken und einem Ertrag von 8963 Millionen Franken mit einem Überschuss von rund 108 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 46 Millionen Franken. Gegenüber dem Budget fallen die Erträge um 153 Millionen Franken höher aus – selbst nach der Verbuchung der auf die Flughafenaktien eingegangenen Verluste von 93 Millionen Franken. Das positive Ergebnis ist zum einen auf die Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen zurückzuführen, die über dem Wert des Rekordjahres 2016 liegen. Zum anderen hat ein überwiegender Teil der Dienstabteilungen im Jahr 2018 besser abgeschnitten als budgetiert. Zur Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen machen im Berichtsjahr 916 Millionen Franken aus und liegen unter dem Budget. Die Gründe dafür sind vor allem Planungs- und Bauverzögerungen sowie Projektverschiebungen. Zu den Gemeindebetrieben: Diese haben dank höherer Erträge mit einem Überschuss von 230

Millionen Franken abgeschlossen. Dort nicht miteingerechnet ist die Ablieferung des ewz an die Stadt in der Höhe von rund 70 Millionen Franken. Zur Bilanz: Auf der Aktivseite hat im Berichtsjahr das Finanzvermögen um 370 Millionen Franken abgenommen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den Buchverlust der Flughafenaktien, auf die Übertragung von Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen und auf die Rückzahlung langfristiger Schulden an den Kapitalmarkt zurückzuführen. Im Verwaltungsvermögen haben die Sachgüter um 321 Millionen Franken zugenommen, namentlich im Bereich von Hoch- und Tiefbauten. Auf der Passivseite hat das Fremdkapital um 422 Millionen Franken abgenommen, während das Eigenkapital um 108 Millionen Franken auf 1276 Millionen erhöht wurde. Die Nettoschuld 2018 erreichte Ende Jahr 3928 Millionen Franken, was umgerechnet 9000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner entspricht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Nettoschuld um 41 Millionen Franken, beziehungsweise um 1 Prozent gesunken. Ich komme nun zu den einzelnen Aspekten der RPK-Prüfung. Die RPK hat der Verwaltung wie üblich zahlreiche Fragen zur Rechnung gestellt. Die eingeforderten Antworten sind von der Verwaltung fristgerecht beantwortet worden. Auf folgende Aspekte der Prüfung möchte die RPK näher eingehen. Erstens: ERZ, Abwasserbetriebe, Werkstattbetriebe. Dank einer Erweiterung des Dienstleistungsangebots haben die Werkstattbetriebe die Erträge stabilisieren können. Sie sind aber weiterhin defizitär. Der Betriebsverlust 2018 macht bei einem Ertrag von rund 9 Millionen Franken 900 000 Franken aus. Das sind etwa 10 Prozent. Aufgrund des Postulats GR Nr. 2018/228 wurde eine Projektgruppe eingesetzt, die dem Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Vorschläge für eine kostendeckende Weiterführung des Betriebs unterbreiten soll. Die RPK erwartet, dass die Werkstattbetriebe für das Jahr 2020 ein Budget mit deutlich reduziertem Ausgabenüberschuss vorlegen. Zweitens AOZ, das Thema haben wir zuvor schon ausführlich behandelt. Die Asyl-Organisation Zürich schliesst 2018 mit einem hohen Defizit von 1,764 Millionen Franken ab, dass das Eigenkapital entsprechend reduziert. Die Rechnung wird durch das negative Ergebnis der Zentren für unbegleitete, minderjährige Asylsuchende (MNA) belastet. Mit der Betreuung der MNA hat die AOZ 2018 mehr als 10 Prozent des Umsatzes aus nicht-städtischen Aufträgen erzielt. Grund für das hohe Defizit von etwa 20 Prozent des Aufwands – Walter Angst (AL) hat das schon erwähnt – ist der starke Rückgang der Betreuungstage in den MNA-Zentren. Auf den absehbaren Rückgang ist erst im vierten Quartal 2017 reagiert worden. In der Folge musste AOZ mehrere MNA-Zentren schliessen, was für den Betrieb und die betroffenen Jugendlichen eine Belastung war. Seit dem 1. März 2019 führt die AOZ die MNA-Zentren mit einem neuen Vertrag. Die RPK erwartet, dass künftig auf absehbare Änderungen der Belegungszahlen frühzeitig reagiert wird und eine hohe Betreuungsqualität sichergestellt wird. Drittens: Elektrizitätswerke der Stadt Zürich, Risikomanagement, Cluster Energie. Gemäss dem «Reglement über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz)» hat die RPK den Auftrag, das Risikomanagement des ewz im Bereich Kauf und Verkauf jährlich zu überprüfen. Die RPK hat sich vom Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, vom Direktor des ewz und dem Leiter Energiewirtschaft ewz über die Handelsaktivitäten des ewz informieren lassen. Auf Wunsch der RPK hat das ewz der RPK weitergehende Informationen zu Vorkommnissen im Energie- und Zertifikatehandel zur Verfügung gestellt. Aufgrund der erhaltenen Unterlagen gibt es keinen Anlass zur Annahme,

dass die vom Gemeinderat geforderte, konservative Risikopolitik von ewz nicht eingehalten wird. Viertens: Gemeinnützige Wohnbauträger. Die RPK hat den Bericht des Büros für Wohnbauförderung zur Prüfung der Jahresrechnung 2017 von den gemeinnützigen Wohnbauträgern, die von der Stadt unterstützt werden, auf Grundlage des städtischen Rechnungsreglements geprüft. Dabei hat die RPK festgestellt, dass das Reglement nicht von allen Wohnbauträgern eingehalten wird. Namentlich wird die Entschädigung der Baukommission in der Bauabrechnung nicht von allen Wohnbauträgern separat ausgewiesen. Auf Rückfrage der RPK hat sich herausgestellt, dass das Büro für Wohnbauförderung den fehlbaren Wohnbauträgern keine Frist zur Einhaltung des Reglements setzt. Stattdessen begnügt sich das Büro mit einer Empfehlung, deren Nichtbeachtung keine Sanktionen nach sich zieht und somit faktisch folgenlos bleibt. Im Sinne der Gleichbehandlung aller gemeinnützigen Wohnbauträger fordert die RPK das Büro für Wohnbauförderung auf, die Einhaltung des Reglements durch fehlbare Wohnbauträger mit der Ansetzung einer Frist und nötigenfalls unter Androhung von Sanktionen durchzusetzen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ausserdem, dass die Hälfte der rund 100 geprüften Geschäftsberichte nicht öffentlich zugänglich ist. Das heisst, die Berichte stehen innerhalb des Gemeinderats nur der RPK und der GPK zur Verfügung, andere Gemeinderatsmitglieder haben keine Einsichtsmöglichkeit in diese Berichte. Die mangelnde Transparenz seitens der Hälfte der Wohnbauträger, die von der öffentlichen Hand unterstützt werden, ist nicht sachgerecht und wirft Fragen auf. Die RPK ist der Ansicht, dass alle von der Stadt unterstützten Wohnbauträger ihren Geschäftsbericht künftig zu veröffentlichen haben. Sie empfiehlt dem Stadtrat, eine Anpassung des entsprechenden Rechnungsreglements in diesem Sinne zu prüfen. Zum Ausblick: Der positive Rechnungsabschluss und das auf 1,3 Milliarden Franken nochmals gestiegene Eigenkapital geben der Stadt einen finanzpolitischen Spielraum. Die komfortable Lage ist im Wesentlichen auf den jährlich steigenden Beitrag durch die steuerzahlenden Personen und Unternehmen an die Stadt zurückzuführen. Dank der anhaltend hohen Steuererträge praktisch auf Rekordniveau, ist die Stadt solide aufgestellt. Das prognostizierte Wachstum bringt grosse Herausforderungen mit sich. Nach Ansicht der RPK kann deshalb der gegenwärtige finanzpolitische Spielraum nur dann erhalten werden, wenn neben der Einnahmeseite auch der Kostenseite die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand in allen Departementen und Dienstabteilungen sowie die Abläufe und die Kostenstruktur der Verwaltung müssen darum laufend hinterfragt werden. Die RPK bedankt sich beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die zeitnahe Beantwortung der zahlreichen Rückfragen. Gleichzeitig bedankt sich die RPK bei der Finanzkontrolle für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1395/2019–1400/2019)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich nehme die Bälle auf, die Sie mir in den Fraktionserklärungen zuwarfen – selbstverständlich nicht alle davon. Der Stadtrat will auch mit dieser Rechnung,*

dem nächsten Budget, dem Finanz- und Aufgabenplan daran festhalten, eine langfristige Finanzpolitik zu betreiben. Wir wollen Eigenkapital aufrecht erhalten, das uns den Spielraum gibt, um investieren zu können und Leistungen zu erhalten, die für die Stadt wichtig sind und letztlich die Attraktivität der Stadt ausmachen. Und langfristig wollen wir Schulden abbauen. Das ist relativ langweilig aber auch nicht viel mehr als ihre jeweiligen Fraktionserklärungen zu Budget und Rechnung. Es gibt einige Ausnahmen, wie etwa Andreas Kirstein (AL), der die interessantesten Erklärungen zu Budget und Rechnung hält. Unser Festhalten an den nötigen Leistungen ist auch kein Ausbeuten, wie ich auch gehört habe. Wir bieten für die gezahlten Steuern auch Leistungen, die offensichtlich so attraktiv sind, dass die Stadt nach wie vor wächst. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist also schwer okay, sonst hätten wir auch nicht die ganze Gentrifizierungsdebatte am anderen Ende. Wir werden da und dort etwas ausbauen und natürlich auch bremsen, es ist nicht so, dass der Stadtrat das Geld zum Fenster hinauswirft, sondern wir passen uns vorsichtig den Bedürfnissen der Stadt an. Neben den Dienstleistungen betrifft das auch die Infrastruktur. Wir bauen, was es braucht. Schulhäuser, Schulhäuser, Schulhäuser ist Ihre ständige Forderung, aber auch die andere Infrastruktur muss ausgebaut und unterhalten werden. Die Steuerreform Bund und Kanton, hinter der der Stadtrat steht, kommt auch den Stadtzürcherinnen und -zürchern zu gute. Wenn sie denn im September durchkommt, profitiert auch die Stadtbevölkerung. Wir sacken das Geld auch nicht einfach ein, sondern setzen es gezielt für die Stadt ein. Ich war von der Aussage irritiert, wir hätten bloss 40 Millionen Franken Schulden abgebaut. In der letzten Budgetdebatte sah die SVP das noch anders, als es um eine Steuersenkung ging, die sie nicht unterstützt hat, weil es um Schuldenabbau ging. Wer die Bücher lesen kann, sieht, dass wir in den letzten paar Jahren 1,1 Milliarden Franken an langfristigen Schulden abgebaut haben. Und um diese Schulden geht es, denn kann man diese in der Hochkonjunktur nicht abbauen, wird es für nachfolgende Generationen teuer. Es kann nicht sein, die Steuern zu senken, um sich dabei noch mehr zu verschulden oder um Leistungen abzubauen. Interessant ist auch, wenn man Bundesrat Maurer zuhört, wenn er über die internationale Steuerpolitik spricht und genauso argumentiert wie wir bei der Unternehmenssteuerreform: Wenn die Unternehmen nicht mehr bezahlen, müssen die Privaten bezahlen. Zur Steuerreform: Ich weiss nicht, wie die AL draufkommt, der Stadtrat wolle schweigen. Bei der nationalen Steuerreform sprach sich die Stadtpräsidentin als Vorstandsmitglied des Städteverbandes klar für die Reform aus. Die städtischen Gremien haben sie alle unterstützt. Wir stehen hinter der mit dem Kanton ausgehandelten Reform. Die Ergebnisse kann man im Einzelnen kritisieren. Die Ergebnisse der Parlamentarischen Initiative Joss standen überhaupt noch nicht fest, als ich mit Ernst Stocker die Vorderhanderhöhung der sozialen Lastenverteilung ausgehandelt hatte, sondern es war provisorisch und entlastet die Gemeinden deutlich. Und ein Steuerprozent ist in der Tat 100 Millionen Franken. Wir haben gesagt, beim ersten Prozent sind wir dabei, beim zweiten noch lange nicht. Das ist ein Kompromiss und war ein politischer Versuch, den Druck im Kanton zu erhöhen. Die Senkung in einem Schritt von acht auf sechs Prozent durchzudrücken, sollte abgeblockt werden und dafür muss man Kompromisse eingehen und Dinge akzeptieren, die wenig Freude bereiten. Ich bin kein Befürworter davon, dass der Kanton die Instrumente bis zum Maximum ausschöpft. Das wird für die Unternehmen, die das vollumfänglich beanspruchen können zu einem Netto-

Steuersatz von 10,4 Prozent führen. Man wird gut beobachten müssen, wie viele Unternehmen das sein werden. Werden es nur ganz wenige sein wie bisher oder rutschen dann alle in die Tiefbesteuerung? Das muss man beobachten in einem ersten Schritt. Ich komme zum Schluss und bedanke mich bei der RPK für die gute Zusammenarbeit, bei den städtischen Mitarbeitenden, die die vielen Fragen in kurzer Frist ausführlich beantwortet haben und bei den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung, die das alles zusammengetragen haben.

Eintreten ist unbestritten.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 1:

Walter Angst (AL): *Mich störte die Kalkulation von Severin Pflüger (FDP). Du meinst die beiden Schritte, die im Kanton bei der Unternehmenssteuerreform vorgesehen sind. Vom Stadtrat habe ich das auch zum ersten Mal gehört. Es brauche eine zusätzliche Steuerreduktion für die natürlichen Personen in der Stadt Zürich – das ist so die Haltung. Ich bin immer wieder erstaunt, wie schlecht ihr rechnen könnt und die Wählerinnen und Wähler – die Unternehmen wählen euch nicht – vertreten. Machen wir doch mal die Rechnung: Der Kanton möchte eine 2-prozentige Steuerfusssenkung. Für die Stadt möchtest du zusätzliche 3. Das heisst, wir gehen von 219 auf 214 Prozent. Das wäre eine Entlastung bei den Steuern von rund 2 Prozent. Und bei diesen 213 Unternehmen willst du um 200 Millionen Franken oder noch mehr heruntergehen. Wenn das so weitergeht, wie STR Daniel Leupi es schilderte – und damit ein Geheimnis verrät – und die Unternehmen bei voller Ausschöpfung auf 10 Prozent runtergehen können, wenn du dann schaust, was die Unternehmen an Einsparungen erzielen, dann sind das 20 bis 30 Prozent. Und das verkauft ihr ernsthaft als volksnahe Politik? Den Leuten gebt ihr 2 Prozent und den Unternehmen, die das Geld haben und von den Investitionen profitieren, gebt ihr 30 Prozent Steuerfusssenkung. Das ist die Schlagzeile von heute.*

STR Daniel Leupi: *Walter Angst (AL), ich habe kein Geheimnis verraten. Diese 10,4 Prozent stehen in der Botschaft zum Regierungsratsbeschluss.*

Severin Pflüger (FDP): *Die eigentliche Frage, die diese Rechnung und die Verlautbarungen zu dieser Rechnung aufwirft, ist eine staatsethische. Es ist die Frage, über eine wie lange Dauer darf ein Gemeinwesen mehr Steuern verlangen, als es braucht. Und was ist die Begründung dafür? Wir waren in den letzten vier Jahren jedes Mal beim Gewinn über 200 Millionen Franken. Auch dieses Jahr – die Flughafenaktie hat uns etwas heruntergerissen – sind wir wieder im Bereich von 200 Millionen Franken Gewinn in der Rechnung. Und es ist ja gut, wenn man mit dem Steuersatz konstant bleibt, aber wenn man es über eine lange Dauer macht, braucht man eine gute Begründung. Eine gute Begründung kann sein: Wir brauchen mehr Reserven. Das war die Begründung vor ein paar Jahren und wurde so akzeptiert. Jetzt haben wir diese Reserve. Eine andere Begründung kann sein, wir müssten investieren in Tagesschulen, das Klima und Velowege. Auch das kann man akzeptieren und auch diese Investitionen sind sowohl in der Rechnung als auch im Budget, das wir im Dezember verabschiedet haben. Und trotzdem werden mehr Steuern eingenommen, als der Staat braucht. Die letzte Begründung,*

die noch übrigbleibt, ist allenfalls Umverteilung. Und man sollte sich überlegen, von wo nach wo, das Geld umverteilt wird. Sinnvoll ist eine Umverteilung von Leuten mit einer hohen Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit und die bereit sind, in einer Hochsteuerstadt zu leben zu Leuten, die diese Leistungsfähigkeit in diesem Sinne nicht haben. Aber die Umverteilung in Zürich ist eine andere. Wir verteilen das Geld in Projekte und Projektbüros zu Leuten mit akademischen Berufen und hohen Löhnen. Schaut einmal, welche Lohnklassen in der Stadt stark wachsen. Wir machen eine horizontale Umverteilung und nicht von oben nach unten. Und die zweite Frage stellt diese Rechnung und das Budget: Was ist eigentlich der Sinn und Zweck des Wachstums unserer Stadt? Hier geht es nicht um jene, die von aussen her hinziehen und sich sagen, der Deal stimme so für sie. Sondern es geht um uns, die schon hier sind. Was ist der Zweck davon, dass meine Stadt wächst? Das einzig gültige Argument ist, dass es auch mir dann besser geht. Ich beziehe natürlich mehr Leistungen, habe mehr Tagesschulen, das ist alles schön und gut, aber ansonsten wird es hier einfach ein wenig enger. Ein Zweck könnte es sein, dass ich weniger Steuern bezahlen muss, weil sich die Aufwendungen auf mehr Leute verteilen. Das könnte auch grundsätzlich funktionieren. Seit 2008 bis jetzt hat die Stadtbevölkerung um zwölf Prozent zugenommen. Die Steuern der natürlichen Personen haben in dieser Zeit um 21 Prozent zugenommen. Es wäre doch jetzt an der Zeit, dass ich in meinem Portemonnaie profitiere davon, dass die Stadt wächst. Ansonsten müssen Sie uns wirklich erklären, warum wir das auf uns nehmen sollten. Einfach aus Prinzip reicht nicht. Ich komme noch zu der Berechnung von Walter Angst (AL). Hier werden Kraut und Rüben vermischt. Ich werde mir das auf dem Audioprotokoll nachhören und mit dem Bleistift aufschreiben. Du hast uns zwar mit starken Worten vorgeworfen, wir könnten nicht rechnen, aber offenbar kannst du Rechnungen nicht verständlich darstellen. Zudem sind manche Aussagen schlicht falsch. Wir wissen nicht, welche Unternehmen in welchem Umfang von welchen Instrumenten profitieren werden. Wir haben Anhaltspunkte, aber eine pauschale Aussage ist nicht möglich. Achtet auf die Rechnung und darauf, wie viel mehr die natürlichen und juristischen Personen an Steuern bezahlt haben. Allein die juristischen bezahlten 71 Prozent mehr Steuern als 2008.

Susanne Brunner (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt die Ablehnung der Dispositivziffer 1. Wir haben ausgeführt, dass diese Stadt zu viel leistet, das unnötig ist und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gebraucht wird. Dort stimmt die Einschätzung des Stadtrats nicht. Es ist jetzt an der Zeit, die grossen Schulden abzubauen. Hätte man genau hingehört, hätte man gehört, dass ich von Nettoschulden sprach, die man nur im Umfang von 40 Millionen Franken reduziert hat und nicht von den Bruttoschulden. Diese Zahl steht im Rechnungsbuch. Severin Pflüger (FDP) hat gut umschrieben, was in dieser Stadt abläuft. Die Stadt sollte den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern reinen Wein einschenken. Es könnte nämlich in dieser Stadt allen Bürgerinnen und Bürgern viel besser gehen als heute, wenn man masshalten würde in der Verwaltungstätigkeit, den Projekten und nicht jeden neu entwickelten Spleen umsetzt. Ich ging in der Fraktionserklärung darauf ein und brachte Beispiele, was da alles gemacht wird. Dann könnten wir die Steuern senken, die schon so lange auf dem hohen Niveau von 119 Prozent verharren. Wir können mit Steuermindereinnahmen leben, die nötigen Leistungen erbringen und die nötigen Investitionen tätigen. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP die Rechnung der Stadt ab.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 53, Beschluss-Nr. 1394/2019).

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 52, Beschluss-Nr. 1394/2019).

Weitere Wortmeldungen zur Dispositivziffer 1:

Renate Fischer (SP): Die Rechnung 2018 wurde mit einem Überschuss von rund 108 Millionen Franken abgeschlossen. Setzt man das in Relation zum Aufwand der Stadt, handelt es sich um einen Überschuss von 1,2 Prozent. Der Ertrag beläuft sich auf 8,9 Milliarden Franken. Bei 2,9 Milliarden davon handelt es sich um Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen, Grundsteuern sowie übrigen Steuern. Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die Steuererträge um 48 Millionen Franken. Der Gesamtsteuerertrag liegt jedoch 9 Millionen Franken tiefer als im Jahr 2016 und 24,9 Millionen tiefer als das Budget für das Jahr 2018 vorsah. Der Rechnungsüberschuss ist sehr erfreulich. Das Grössenverhältnis zum Aufwand ist jedoch nicht derart gross, dass zum heutigen Zeitpunkt bereits eine Forderung nach einer Steuersenkung gestellt werden kann; das ist nicht opportun. Das ist erst recht nicht der Fall in Betrachtung des Wachstums der Stadt und den dementsprechend hohen Investitionen. Im letzten Jahr tätigte die Stadt Bruttoinvestitionen von über 1 Milliarde Franken. Alleine Immobilien Stadt Zürich (IMMO) investierte 368 Millionen Franken in das Verwaltungsvermögen. Dieser Betrag beinhaltet beispielsweise 18 Millionen Franken für die Instandsetzung der Schulanlage Looren, 17,2 Millionen für den Ersatzneubau des Alterszentrums Trotte, 15,2 Millionen für die Schulanlage Schauenberg und 12,7 Millionen für die Infrastruktur des Schütze-Areals. Auch in den Unterhalt und den Ausbau der Infrastruktur investierte die Stadt; alleine 57,7 Millionen Franken in die Verteilanlagen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz), 21,3 Millionen in den Bau von Gleisanlagen der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ), 38,7 Millionen für Bau und Unterhalt von Strassen und 19,3 Millionen in das Leitungsnetz der Wasserversorgung. Dass die hohen Investitionen aus eigenen Mittel finanziert werden konnten, ist nicht selbstverständlich. Seit dem Jahr 2015 liegt der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt jeweils wieder über hundert Prozent – alle Investitionen konnten also aus den Einnahmen finanziert werden. Durch den Überschuss konnten die langfristigen Schulden, die im Jahr 2014 den Höchststand von 6,29 Milliarden Franken erreichten, auf 5,1 Milliarden reduziert werden. Sie bewegen sich somit wieder ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2010. Insgesamt konnten die langfristigen Schulden um 1,145 Milliarden Franken reduziert werden. Das gesamte Fremdkapital in der städtischen Rechnung betrug Ende 2018 7,96 Milliarden Franken. Rund sechzig Prozent des städtischen Vermögens sind somit fremdfinanziert. Umso erfreulicher ist es, dass das Eigenkapital wieder gestärkt werden konnte; Ende 2018 betrug es 1,27 Milliarden Franken. Dass ich die Forderungen nach Steuersenkungen als weder seriös noch opportun betrachte, liegt einerseits an der weiterhin hohen Verschuldung der Stadt, aber auch an den anstehenden Herausforderungen: Die Stadt wächst, grosse Investitionen liegen noch vor uns und durch die Steuervorlage 17 wird es zu Steuerausfällen kommen. Mir ist es wichtig, dass die Stadt die notwendigen Investitionen auch weiterhin tätigen kann. Auch der Unterhalt der Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden. In diesem Sinne halte ich die Rechnung 2018 für sehr erfreulich.

Andreas Kirstein (AL): Der Redebeitrag von Severin Pflüger (FDP) liess mir keine Ruhe. Er beinhaltet einige Gedanken und Ideen, die aus meiner Sicht per se sehr überlegenswert sind. Es ist richtig, dass die Einnahmen, die der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern einnimmt, sei es in Form von Steuern oder Gebühren, einen Zusammenhang oder eine gewisse Äquivalenz zu dem aufweisen müssen, was die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erhalten. Das scheint mir selbstverständlich und insbesondere im Gebührenbereich der Fall zu sein. Dort hoffe ich nach wie vor auf eine grosszügigere Gesamtbehandlung dieser Vorstösse und Richtungen, bei denen die FDP und AL eine gemeinsame Position einnahmen. Bei den Steuern ist es wichtig, dass nicht nur eine Opfer-Symmetrie vorhanden ist, sondern auch eine Gewinner-Symmetrie. Mit dem Vorliegenden – einer Steuersenkung im Sinne der FDP sowie dem Steuerpaket für die Unternehmenssteuerreform des Kantons – ist die Gewinner-Symmetrie nicht hergestellt. Der FDP mache ich ein Angebot. Der Beginn der Verhandlungen ist eine Senkung des Steuerfusses in der Stadt um sieben Prozent. Das würde dem entsprechen, wenn auf die Unternehmenssteuerreform vollständig verzichtet würde. Man kann sich vorstellen, dass die 30-Prozent-Pakete in einem Ein- oder Zwei-Schritt-Verfahren auf 15 Prozent heruntersetzt werden. Dann könnte sich die AL vorstellen, mit zwei Prozent den Forderungen der FDP entgegenzukommen. Die zweite von Severin Pflüger (FDP) angesprochene Überlegung ist die Leistungssymmetrie. Eine wachsende und somit grössere Stadt generiert mehr Leistungen. Davon profitiert unter anderem auch Severin Pflüger (FDP). Ein Teil dieser Leistungen geht aber laut Severin Pflüger (FDP) – meiner Meinung nach nicht zu Unrecht – auch zu Gunsten von gewissen Firmen, insbesondere im Beratungsbereich, wo das nicht dringend notwendig sei. Aus dieser Sicht spricht sich die AL insbesondere für einen starken Service Public aus, der im Besitz des Staates bleibt. Es soll also nicht zu Ausgliederungen kommen, die hohe Beratungsleistungen generieren. Diese wären beispielsweise bei der Ausgliederung von Spitälern notwendig. Bei Leistungsbezügen, für die der Staat Geld ausgibt, dürfen gerne auch der Niedriglohnsektor und Branchen in den Genuss kommen, die nicht auf Rosen gebettet sind, wie gewisse andere Branchen insbesondere die Beratungsbranche. Bei diesem Punkt steht die AL bei der Aussage von Severin Pflüger (FDP).

Florian Utz (SP): Bei zwei Aussagen der Fraktionserklärung der SVP blieb ich hängen. Sie schreibt, dass der Steuerfuss seit elf Jahren bei 119 Prozent verharrt und meint das als scharfe Kritik. Schlecht ist das aber nicht und bedeutet, dass es seit elf Jahren nicht zu Steuererhöhungen kam. Es kommt aber noch besser: Seit einem Vierteljahrhundert kam es nicht mehr zu Steuererhöhungen. In diesem Zeitraum senkten wir die Steuern in mehreren Schritten um elf Prozentpunkte und erhöhten sie nie. Möglich war das, weil wir die Steuern nur dann senkten, wenn wir wussten, dass ein tieferer Steuerfuss über eine längere Zeit hinweg gehalten werden kann. Dieser Grundsatz war mir persönlich bei Anpassungen in beide Richtungen immer sehr wichtig. Auch die Bevölkerung und die Wirtschaft erwartet Verlässlichkeit. Das bedeutet auch, dass mit einem Steuerfuss geplant werden kann, der nicht jährlich wechselt. Was für die Bevölkerung aber ohnehin beinahe wichtiger ist, als der Steuerfuss, sind Mieten und Krankenkassenprämien, aber auch Gebühren. Sie können die Bevölkerung im Einzelfall viel harter treffen. Ein Beispiel

sind die Gebühren in den Pflegezentren. Eine Erhöhung um 2,4 Millionen Franken wurden beantragt. Wir waren der Meinung, dass der Mittelstand und einzelne Personen zu hart betroffen werden uns stellten einen Antrag gegen diese Erhöhung. Die SVP war damals in der Enthaltung. Über die Aussage, wieso die SVP eine Steuersenkung für natürliche Personen befürwortet, war ich mindestens so erstaunt. «Es soll ja nicht der Eindruck entstehen, dass der Bürger nun für die Senkung der Unternehmenssteuern bezahlen muss». Es geht also um den Eindruck; um die Senkung der Unternehmenssteuern, mit der am Ende des Tages die höheren Dividenden zu den Aktionärinnen und Aktionären fließen wird – die Hälfte davon direkt ins Ausland. Unter seriöser Finanzpolitik verstehe ich etwas Anderes. Wenn es bei den Unternehmen zu einem Franken Mindereinnahmen kommt, kann derselbe Franken nicht auch bei den natürlichen Personen eingespart werden.

Severin Pflüger (FDP): *Auf das von Andreas Kirstein (AL) angesprochene Verhandlungsangebot gehen wir selbstverständlich ein, auch wenn die Verhandlungen nicht zu dem Resultat führen werden, das der Verhandlungspartner heute Abend skizzierte und erhoffte. Wir treffen uns aber bei gleichen Interessen. Ein wichtiger Punkt sind die natürlichen und juristischen Personen. Das sind juristische Ideen, die an sich wenig mit der Realität zu tun haben. Es handelt sich um ein Steuersubjekt und um eine Fiktion. Die Auftrennung zwischen den natürlichen und juristischen Personen macht Sinn; am Ende sind jedoch alles Menschen – Frauen und Männer, die hinter diesen Begriffen in unterschiedlichen Funktionen stehen. Es ist durchaus interessant, wenn man überlegt, wer die juristischen Personen sind und von wem sie getragen werden. Man kommt dann zur Einsicht, dass der Kapitalist an sich, so wie er in der Rhetorik gepflegt wird, nicht existiert. Es wäre schöner, wenn er existieren würde. Dann hätte man ein Feindbild, gegen das man anreden kann. Aber Gesellschaften und Ideologien, die auf Feindbilder angewiesen waren und die einzelne Personen oder Gruppen verteufelten, litten stets an derselben Krankheit. Es handelt sich um eine Art Prämisse, die wir eingehen müssen: Wir sprechen stets über Steuern, die von Menschen bezahlt werden müssen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe Geschäft GR Nr. 2019/117, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2018, Beschluss-Nr. 1393/2019.

10 / 13

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Walter Angst (AL), Referent
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 25 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte die Rechnung der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG). Ende Berichtsjahr bilanzierte die Stiftung Liegenschaften im Gesamtbetrag von 764,4 Millionen Franken. Bei unverändertem Stiftungskapital von 50 Millionen Franken steigt das Zuwachskapital per Ende Berichtsjahr auf 117,6 Millionen Franken. Die RPK kann die Verwendung gemäss Stiftungszweck sowie die ordentliche Rechnungsführung und den Abschluss bestätigen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte die Rechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien und befand sie für richtig.

11 / 13

Weitere Wortmeldung:

Roberto Bertozzi (SVP): *Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Ablehnungsantrag. Es geht dabei nicht um eine inhaltliche Wertung der Arbeit der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, sondern um eine grundsätzliche Ablehnung. Wir sind der Meinung, dass bereits genügend gemeinnütziger Wohnungsbau vorhanden ist und dass die Stadt bereits über ein genügend grosses Angebot verfügt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Heinz Schatt (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Alan David Sangines (SP): *Die RPK prüfte die Rechnung der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und kam bis jetzt einstimmig zum Schluss, dass sie zur Kenntnis genommen werden sollte und dass alles korrekt ist. Es kam zu keinen weiteren Feststellungen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

12 / 13

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte die Rechnung der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen (SEW) und stellt fest, dass sie erstmalig Liegenschaften von 16,4 Millionen Franken im Bestand hat. Das Stiftungskapital beträgt 80 Millionen Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Roberto Bertozzi (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Ablehnungsantrag. Wir sind der Meinung, dass bereits genügend Angebote vorhanden sind. Ausserdem ist ökologisch und bezahlbar nicht miteinander vereinbar.

Severin Pflüger (FDP): Bis anhin lehnten wir die Rechnung ab, da es sich nicht um eine Rechnung handelte. In der Stiftung geschah nichts, dass buchhalterisch sinnvoll erfasst werden kann. Jetzt geschah etwas und das wurde korrekt und richtig abgebildet. Vermutungsweise entspricht es auch dem Stiftungszweck. Aus diesem Grund stimmen wir hier zu. Dabei handelt es sich aber nicht um ein allfälliges Präventiv für eine allfällige Zustimmung zum Geschäftsbericht, der erst noch genau überprüft werden muss.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte die Rechnung 2018 der neuen Kongresshaus-Stiftung Zürich und stellte fest, dass sie im Jahr 2017 Vermögenswerte der alten Kongresshaus-Stiftung mit einem unveränderten Dotationskapital von 165 Millionen Franken übernahm. Mit einem Verlustvortrag von 16 Millionen Franken weist sie einen Bestand an Hochbauten von 79,9 Millionen Franken per 31. Dezember 2018 aus.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

13 / 13

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Rechnung 2018 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2018 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisenden Jahresverlust von Fr. 1 764 292.– wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2018 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2018 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2018 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2018 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2018 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 26. Juni 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat